



Washington News

Nr. 5 vom 7. Februar 2019

- **Diese Woche in Washington**
- **Weißes Haus stellt Strategie für geistiges Eigentum vor**
- **US Chamber of Commerce fordert Investitionen in die Infrastruktur**
- **USTR veröffentlicht Berichte zur WTO-Konformität**
- **Start-up-Industrie setzt ihren Höhenflug in den USA fort**
- **Zukunft der 5G-Technologie**
- **Energieministerium will Offshore-Windanlagen fördern**
- **David Malpass soll Weltbank-Chef werden**

Diese Woche in Washington

Die *State of the Union Address* von Präsident Trump bestimmte diese Woche die mediale Aufmerksamkeit in Washington. Seine Ansprache im Kongress konzentrierte sich zu weiten Teilen auf das in den vergangenen zwei Jahren Erreichte. Besonders hob Trump den guten Zustand der US-Wirtschaft hervor, den er auf die von ihm angestoßene Steuerreform und Deregulierungen zurückführte. Im handels- und wirtschaftspolitischen Bereich betonte Präsident Trump die fortlaufenden Bemühungen, sich mit China auf ein fairen „trade deal“ zu einigen, um amerikanische Jobs zu sichern. Um die Fertigung von Gütern in den USA anzukurbeln, müsse das USMCA verabschiedet werden. Zudem forderte er den Kongress auf, den *Reciprocal Trade Act* zu beschließen, welcher der Administration die Kompetenz gäbe, direkt Vergeltungszölle auf Importe zu belegen, falls „unfaire“ Zölle auf US-Produkte von einem Land erhoben werden. Ferner unterstrich Trump sein Versprechen, eine Mauer an der Südgrenze der USA zu bauen und forderte den Kongress auf, Mittel für die Grenzsicherung freizugeben. Präsident Trump richtete an beide Kammern den deutlichen Appell zur überparteilichen Zusammenarbeit.

Der US-Handelsbeauftragte Robert Lighthizer hat dem Finanzausschuss im Senat vorgeschlagen, den Paragraphen 301 des *Trade Act* von 1974 (*Section 301*) im USMCA zu nutzen, um beispielsweise Vereinbarungen im Arbeitsrecht und Umweltschutz durchzusetzen. Senator Ron Wyden (D-OR) betonte, man müsse sicherstellen, dass Mexiko Arbeitsnormen einhalte. Nur so könnten US-amerikanische Arbeitsplätze gesichert werden.

In einer von *Tariffs Hurt the Heartland* in Auftrag gegebenen Studie heißt es unterdessen, dass die USA in den kommenden Jahren knapp eine Millionen Arbeitsplätze verlieren würden, sollte die Administration die auf Basis der

Kurzmeldungen

Zukunft der 5G-Technologie

Auf einer Veranstaltung der *The Hill*-Publikation diskutierten Politiker und Experten über die Chancen, Risiken und die Implementierung von 5G, der nächsten Generation der Telekommunikation. Die ultra-schnelle Datenübertragung, basierend auf der Nutzung einer großen Bandbreite, ist u.a. die Schlüsseltechnologie für autonome Fahrzeuge.

Die Abgeordneten aus dem Repräsentantenhaus Yvette Clark (D-NY), stellvertretende Vorsitzende des Energie- und Handelsausschusses, und John Curtis (R-UT) hoben die vielen Anwendungsbereiche der neuen Technologie

Section 301-Untersuchung erhobenen Zölle auf chinesische Waren von 10 auf 25 Prozent anheben. Auch das Wirtschaftswachstum würde sich verringern. (cs)

Weißes Haus stellt Strategie für geistiges Eigentum vor

Der *Intellectual Property Enforcement Coordinator* (IPEC) hat seinen jährlichen [Bericht](#) vorgelegt, der die Maßnahmen der Administration im Bereich geistigen Eigentums darstellt. Laut Statistiken des US-Wirtschaftsministeriums ist der Schutz des geistigen Eigentums für die heimische Wirtschaft von entscheidender Bedeutung. Das Ministerium hat 81 von insgesamt 313 Branchen als IP-intensiv eingestuft. Diese Branchen schaffen direkt 27,9 Millionen und unterstützen indirekt 17,6 Millionen weitere Arbeitsplätze. Die geschätzten Kosten für US-Unternehmen durch den Diebstahl von Geschäftsgeheimnissen reichen von 180 Milliarden US\$ bis 540 Milliarden US\$.

Der jüngste IPEC-Bericht unterstreicht deswegen die Ansicht des Weißen Hauses, dass der Schutz geistigen Eigentums eng mit der wirtschaftlichen und nationalen Sicherheit der USA verbunden ist. Die IP-Strategie des Weißen Hauses konzentriert sich auf vier Bereiche: Dialog mit Handelspartnern, effektive Anwendung aller rechtlichen Befugnisse (einschließlich Handelsinstrumente), erweiterte Durchsetzungsmaßnahmen sowie das Engagement mit dem Privatsektor und anderen Interessengruppen. In dem Bericht werden auch konkrete Beispiele hervorgehoben: Die Zölle auf chinesische Importe im Wert von über 250 Milliarden US\$ werden als direkte Antwort auf erzwungene Technologietransfers in China beschrieben. Außerdem stellt der Bericht die IP-Vorschriften des USMCA als die stärksten und umfassendsten Standards aller US-Freihandelsabkommen dar. (ch)

US Chamber of Commerce fordert Investitionen in die Infrastruktur

Um die Finanzierungslücke für Infrastrukturmaßnahmen zu schließen, hat die *US Chamber of Commerce* eine Anhebung der Benzinsteuern um 25 US-Cent pro Gallone über einen Zeitraum von zehn Jahren vorgeschlagen. Tom Donohue, President & CEO der Chamber, forderte zudem eine Entbürokratisierung und Vereinfachung von Genehmigungsprozessen für Infrastrukturprojekte, eine Vereinfachung von Public-Private Partnerships sowie eine Bildungs- und Migrationspolitik, die dem Arbeitskräftemangel im Bausektor entgegenwirkt.

Der Vorsitzende des Verkehrsausschusses im Repräsentantenhaus Peter Defazio (D-OR) unterstrich, dass Infrastruktur ein überparteiliches Anliegen sei und

hervor und betonten, dass sich die USA bei der Implementierung von 5G im internationalen Wettbewerb befinden. Beide Abgeordneten sind Co-Initiatoren eines Gesetzentwurfs, mit dem die Freigabe von Spektren für die kommerzielle Nutzung beschleunigt werden soll (AIRWAVES Act). Der Entwurf wurde bereits in der vergangenen Legislaturperiode erfolglos eingebracht. Clark und Curtis zufolge ist eine Verabschiedung in diesem Jahr aber möglich. (cs)

Energieministerium will Offshore-Windanlagen fördern

Das US-Energieministerium (DOE) hat [angekündigt](#), 28 Millionen US\$ für Windkraft-Projekte zur Verfügung zu stellen. Das Ministerium sucht nach Konzepten für leichtere, kosteneffektivere und leistungsfähigere Windkraftanlagen. Insbesondere sollen schwimmende Windkraftanlagen gefördert werden. (kw)

David Malpass soll Weltbank-Chef werden

Der Staatssekretär (*undersecretary*) im US-Finanzministerium David Malpass soll neuer Präsident der Weltbank werden. Malpass war 2016 Wirtschaftsberater in Donald Trumps Wahlkampfteam und ist in seiner jetzigen

versicherte, in der laufenden Legislaturperiode Gesetzesentwürfe zu Investitionen in das Verkehrswesen einzubringen. Bereits im vergangenen Jahr hatte Defazio einen Vorschlag eingebracht, der eine Erhöhung der nationalen Treibstoffsteuer von maximal 1,5% pro Jahr über einen längeren Zeitraum vorsah. In seiner Rede vor der *US Chamber* argumentierte er mit einem jährlichen Anstieg von 2%.

Thomas Smith, Geschäftsführer der *American Society of Civil Engineers*, verdeutlichte den Investitionsrückstand der USA in Zahlen. Über die nächsten zehn Jahre klaffe eine Investitionslücke von über 2 Billionen US\$ und bis 2025 drohe der Verlust von 2,5 Millionen Jobs. Seine Organisation bewertet den Gesamtzustand der US-Infrastruktur lediglich mit einem an das amerikanische Schulnotensystem angelehnten D+. Firmenvertreter aus dem Logistik- und Lieferbereich rechneten vor, dass der Zustand der Infrastruktur ein Nachteil im internationalen Wettbewerb sei. Allein die durch Staus verursachten Kosten gingen für Logistikunternehmen in die Millionen. (cs)

Funktion stark in die Handelsgespräche mit China eingebunden. In der Vergangenheit hatte Malpass Kritik an internationalen Organisationen geübt. Diese seien zu groß und aufdringlich geworden und sollten sich wieder auf ihre Kernaufgaben fokussieren. (cs)



USTR veröffentlicht Berichte zur WTO-Konformität

Der US-Handelsbeauftragte (USTR) hat dem Kongress seine jährlich einzureichenden [Berichte](#) über Chinas und Russlands Konformität mit den Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) vorgelegt. Aufgrund des *government shutdowns* wurden die Berichte dieses Jahr mit einer Verzögerung von über einem Monat veröffentlicht.

Der 183-seitige Bericht über China stellt die wirtschafts- und handelspolitischen Praktiken des Landes in den Fokus und spiegelt somit die bekannten Bedenken der US-Administration gegenüber China wieder. China missachte die WTO-Regeln und schade somit der US-Wirtschaft, zum Beispiel durch den erschwerten Marktzugang für US-Finanzdienstleister. Dem Bericht zufolge gehen die von WTO-Mitgliedstaaten vorgeschlagenen Reformen nicht weit genug, um strukturelle Änderungen in Chinas Wirtschaftspolitik herbeizuführen. Ferner seien die Gremien der WTO nicht geeignet, um Streitigkeiten mit Staaten beizulegen, deren Wirtschaftssystem nicht auf marktwirtschaftlichen Prinzipien beruht. Die US-Administration strebt an, China zur Anerkennung und Einhaltung der WTO-Regeln zu bewegen.

In dem 61-seitigen Bericht zu Russland kritisiert der USTR, dass das Land seiner Verantwortung als WTO-Mitgliedstaat nicht gerecht werde. Bedenken werden insbesondere zu den Bereichen Landwirtschaft, verarbeitendes Gewerbe, Finanzdienstleistungen und geistiges Eigentum geäußert. (kw)

Start-up-Industrie setzt ihren Höhenflug in den USA fort

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Start-ups aus der gesamten Welt orientieren sich an den USA. Hier entwickelte sich das System, wonach aus einer

großen Anzahl von Gründerideen eine kleine Anzahl wertvoller Firmen erwächst. Apple, HP, Microsoft oder auch Amazon, sie wurden allesamt in kalifornischen Garagen gegründet, eine Vorform der heutigen Start-ups. Die Geldgeber von damals sind inzwischen zu einem eigenen Zweig der Finanzwirtschaft herangewachsen, mit allen damit verbundenen Übertreibungen. Den vollständigen Beitrag finden Sie kostenfrei [hier](#). (gtai)



Audi



Lufthansa

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Dr. Christoph Schemionek

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:

Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2019

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the

Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

For German trade and investment visit
www.germanbusinessmatters.com

